Amt, Datum, Telefon

200 Amt für Finanzen und Beteiligungen, 06.11.2012,
51-8303
200.22

Drucksachen-Nr.

4769/2009-2014

Informationsvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	20.11.2012	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Berichtswesen zum Produkthaushalt 2012 - 2. Tertialsbericht

Betroffene Produktgruppe

Alle Produktgruppen

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Insgesamt ist nach dem 2. Tertial 2012 eine Verschlechterung des Jahresergebnisses von ca. 3,15 Mio. Euro zu erwarten.

Sachverhalt:

Nach den Richtlinien für das Berichtswesen im Produkthaushalt der Stadt Bielefeld ist der zweite Produktgruppenbericht zum Ende des zweiten Tertials (Stand 31.08.) vorgesehen.

Dabei ist bei Abweichungen der Finanzdaten in den Produktgruppen ab 10 % oder 250.000 Euro zur Prognose zum Jahresende zu berichten oder wenn der Produktgruppenverantwortliche es für angebracht hält.

Da sich die leistungsbezogenen Kriterien (Ziele und Kennzahlen) noch in der fachlichen und politischen Diskussion befinden, wird auf den Bericht zu Abweichungen bei den Kennzahlen noch verzichtet.

In der Anlage sind alle Rückmeldungen der Organisationseinheiten zu den Finanzdaten der Produktgruppen zusammengefasst.
Insgesamt ist nach dem 2. Tertial 2012 eine Verschlechterung des Jahresergebnisses von ca. 3,2 Mio. Euro zu erwarten.

Diese negative Prognose lässt sich im Wesentlichen auf Effekte zurückführen, die nicht durch die Stadt beeinflusst werden können.

Eine erhebliche Verschlechterung wird sich im Bereich der Kommunalen Steuern mit rd. 15,3 Mio. Euro ergeben. Die Entwicklung von Gewerbe- und Einkommensteuer sind konjunkturell bedingt und nicht zu beeinflussen.
Bei der Hundesteuer sind gestiegene Fallzahlen, bei der Vergnügungssteuer höhere Umsätze an den Geldspielgeräten sowie ein Einmaleffekt von rd. 0,9 Mio. Euro aus einer Einzelfallveranlagung maßgeblich.
Die Abweichung bei der Grundsteuer B ist Prognoseunsicherheiten und der in der Vergangenheit

schwachen Bautätigkeit geschuldet.
Im Bereich der Zinsaufwendungen ergibt sich voraussichtlich eine Verbesserung in Höhe von 900.000 €, die maßgeblich auf der weiterhin günstigen Zinsentwicklung für Liquiditätskredite im Tagesgeschäft beruht.

Eine Verschlechterung in Höhe von rd. 420 TEuro wird bei den Aufwendungen für Versorgungsempfänger erwartet. Dagegen wird sich der Gesamtpersonalaufwand um rd. 600 TEuro verbessern.

Die Stadtwerke werden aufgrund der aktuellen Hochrechnung für 2012 eine um 1,5 Mio. Euro höhere Konzessionsabgabe leisten.

Erhebliche Verbesserungen ergeben sich im Sozialdezernat:
Im Bereich der Grundsicherung für Arbeit wird sich das prognostizierte Jahresergebnis 2012 gegenüber dem Ansatz um rd. 1,95 Mio. Euro verbessern.
Durch die positive wirtschaftliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind die Fallzahlen bei den SGB II-Leistungen zurückgegangen. Dieser Rückgang führt in den einzelnen Bereichen zu Minderausgaben.

Bei den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes wird mit einer Verbesserung in Höhe von rd. 550 TEuro gerechnet. Sie ergibt sich im Wesentlichen aus steigenden Transfererträgen (Kostenersatz und Rückzahlungen von Leistungen nach Kap. 3 und 4 SGB XII), einer höheren Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und einem Minderbedarf bei der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Kap. 3 SGB XII, weil die für weitere Fallzahl- und Kostensteigerungen eingeplanten Haushaltsmittel nicht in dem kalkulierten Umfang benötigt werden.
Durch die Haushaltsverbesserungen können die Mehraufwendungen, die sich insbesondere im Bereich der Leistungen für Asylbewerber (bedingt durch unerwartet hohe Fallzahlzuwächse und die Erhöhung der Regelsätze) ergeben werden, vollständig kompensiert und darüber hinaus das Ergebnis für diese Produktgruppe um 2,15 % verbessert werden.

Bei den vorbeugenden, sichernden und infrastrukturellen Leistungen im Amt für Soziale Leistungen wird sich eine Verschlechterung in Höhe von 1,17 Mio. Euro ergeben.
In den Bereichen der ambulanten Frühförderung für Kinder im Vorschulalter und der Integrationshilfen für Schülerinnen und Schüler ist die Zahl der Leistungsbezieher und der Kosten seit Jahren ansteigend. Bei der stationären Pflege sind Fallzahlsteigerungen und die Einführung einer Ausbildungsumlage, die zu einer Erhöhung der Pflegesätze führt, maßgeblich für die Aufwandssteigerung. Die genannten Mehraufwendungen können zu einem geringen Teil durch Haushaltsverbesserungen beim Pflegewohngeld (-140.000 Euro) und der Eingliederungshilfe in Einrichtungen (-100.000 Euro) kompensiert werden.

Insgesamt ist im Sozialamt eine Haushaltsverbesserung gegenüber den Haushaltsansätzen zu erwarten, was insbesondere auf den Verlauf der Umsetzung der Maßnahmen mit befristetem Einsatz von Personal zur Reduzierung von Sozialaufwendungen zurückzuführen ist.

Auch bei den Leistungen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe spiegelt sich die Umsetzung der HSK-Maßnahmen mit Wirkungsorientierter Steuerung im Dezernat Soziales –v. a. HSK-Maßnahmen 244, 245 und 246- durch positive Budgetabweichungen in Höhe von 4,9 Mio. € wider.

Daneben ergeben sich im Bereich der Förderung von Kindern Budgeteinsparungen in Höhe von 3 Mio. Euro aufgrund von verspäteten Inbetriebnahmen von Kindertageseinrichtungen.

Oberbürgermeister/Beigeordnete(r)	Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.